

Finanzausschuss

Protokoll Nr. FINA/08/2009

über die öffentliche Sitzung am 24.11.2009,
Rathaus, Sitzungszimmer 601

Beginn : 19:25 Uhr
Ende : 23:20 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Tobias Koch

Stadtverordnete

Herr Christian Conring
Herr Rolf Griesenberg
Herr Dirk Langbehn
Herr Detlef Levenhagen
Frau Birte Voss

Bürgerliche Mitglieder

Herr Dieter Brandt
Herr Michael Stukenberg - beratend -

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Werner Bandick
Herr Hauke Feldvoss - KiJub- (öffentl. Teil)
Frau Christa Reichardt - Seniorenbeirat - (öffentl. Teil)
Herr Florian Stephani - KiJuB - (bis 22:10 Uhr)

Sonstige, Gäste

Herr Fischer - VBD -

Verwaltung

Frau Angela Haase - bis 22:30 Uhr) -
Herr Achim Keizer - zu TOP 6 -
Herr Horst Kienel - Berichterstatter -
Herr Hanno Krause - zu TOP 6 -
Herr Peter Röckendorf - Protokollführer -

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Festsetzung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Genehmigung des Protokolls Nr. 07/2009 vom 22.09.2009
5. Bericht über die allgemeine Finanzlage der Stadt
6. Neubau Peter-Rantzau-Haus **2009/157**
- Beschluss zum Bauerrichtungs- und Finanzierungsvertrag
sowie zum Servicevertrag gem. § 27 (1) GO -
7. Vorschläge über Maßnahmen zur Konsolidierung des städtischen Haushalts (Haushaltssicherungskonzept) **2009/130**
8. Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2010 **2009/131**
9. Anhebung des Hebesatzes für die Grundsteuern **2009/129**
10. Abbruch des Pavillons auf dem Rathausplatz 39 **2008/180/1**
11. Rückwirkende Änderung der Vergnügungssteuersatzung **2009/153**
12. Verschiedenes
- 12.1. Mitgliedschaft im Gewässerpflegeverband
- 12.2. 1. Nachtragshaushaltssatzung 2009
- 12.3. Kommunalanleihe - Schreiben der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
- 12.4. Überprüfung des ÖPP-Modells IGS Sporthalle
13. Kenntnisnahmen

1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende, Herr Koch, begrüßt die Anwesenden und eröffnet die heutige Sitzung des Finanzausschusses .

2 Festsetzung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird um den TOP 19. „Sachstandsbericht zur Entwicklung des Gewerbegebietes Beimoor Süd“ im nichtöffentlichen Teil erweitert.

Herr Langbehn beantragt, dass die Tagesordnungspunkte 7., 8., 9., 10., 11., 16., 17. und 18. lediglich beraten werden und es zu keiner Beschlussfassung kommen sollte. Er begründet dieses damit, dass innerhalb seiner Fraktion noch keine Beratung zu diesen Tagesordnungspunkten stattfinden konnte; u. a. auch, weil Sitzungsvorlagen erst verspätet verteilt wurden.

Nach kurzer Diskussion wird festgelegt, dass alle genannten Tagesordnungspunkte - außer TOP 11 - lediglich beraten werden. Tagesordnungspunkt 11 steht bereits auf der Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetenversammlung. Die Verwaltung bittet den Finanzausschuss, über den Beschlussvorschlag abzustimmen.

Auf Nachfrage erklärt Herr Stukenberg, dass die Anträge bzw. Anfragen der FDP-Fraktion nicht rechtzeitig eingereicht werden konnten. Diese werden dem Protokoll als **Anlagen** beigefügt.

Mit den genannten Änderungen wird die Tagesordnung festgesetzt.

3 Einwohnerfragestunde

Einwohnerfragen werden nicht gestellt.

4 Genehmigung des Protokolls Nr. 07/2009 vom 22.09.2009

Zu TOP 7. „Anfragen BÜNDNIS 90/ Die Grünen über Gewerbeflächen“ erklärt Herr Langbehn, dass in der Sitzung am 22.09.2009 darum gebeten wurde, dass die Wirtschaftsförderung in der heutigen Sitzung Bericht erstatten sollte.

Herr Stukenberg erklärt, dass die Anlage 1 und 2 zum TOP 5 „Grundstücksangelegenheit im Bereich Erlenhof“ (Erklärung der FDP-Fraktion zum Thema Erlenhof) fehlten. Diesem Protokoll ist die Erklärung der FDP-Fraktion als **Anlage 2** beigefügt.

Die Anlage 1 zum TOP 5. „Grundstücksangelegenheit im Bereich Erlenhof“ war bereits dem Protokoll vom 22.09.2009 beigefügt.

Der Finanzausschuss genehmigt sowohl den öffentlichen als auch den nicht-öffentlichen Teil des Protokolls vom 22.09.2009.

5 Bericht über die allgemeine Finanzlage der Stadt

Herr Kienel erklärt, dass sich momentan rd. 1,67 Mio. € auf den städtischen Konten befinden. An Tagegeld ist zurzeit ein Betrag von 4,8 Mio. € angelegt, sodass die Stadt zurzeit über liquide Mittel von rd. 6,4 Mio. € verfügt. Weiterhin wird noch mit Gewerbesteuereinnahmen in Höhe von rd. 1,7 Mio. € bis zum 23.12.2009 gerechnet. Diesen liquiden Mitteln in Höhe von rd. 8,1 Mio. € stehen routinemäßige Aufwendungen in Höhe von rd. 3,3 Mio. € gegenüber. Weiterhin werden noch Auszahlungen für investive Maßnahmen fällig.

Zu Beginn des Tagesordnungspunktes verlässt Herr Griesenberg wegen Befangenheit den Sitzungsraum und nimmt an der Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil.

Herr Kienel erklärt, dass es sich bei ÖPP-Modellen um kreditähnliche Rechtsgeschäfte handelt, die bei einem negativen Jahresergebnis genehmigungspflichtig wären. Insofern hat die Kommunalaufsicht darauf hingewiesen, dass alle Verträge im Zusammenhang mit diesem ÖPP-Modell durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen werden müssen und danach Gegenstand eines kommunalrechtlichen Genehmigungsverfahrens sind.

Die Firma VBD hat zu diesem ÖPP-Modell eine Wirtschaftlichkeitsstudie erstellt. Der Finanzausschuss bittet darum, dass das Ergebnis der Studie bis Donnerstag, 26. November 2009, verteilt wird und in den Gremienfächern liegt (vgl. Vorlage 2009/ 157/1). Dem Protokoll ist als **Anlage 1** das Ergebnis der Wirtschaftlichkeitsprüfung durch VBD nochmals beigefügt. Der komplette Bericht kann in der Verwaltung eingesehen werden.

Herr Koch merkt an, dass die auf Seite 2 genannten Gesamtinvestitionskosten in Höhe von 3,85 Mio. € nicht mehr aktuell sind. Gemäß dem Bauerrichtungs- und Finanzierungsvertrag liegen die Gesamtinvestitionskosten mittlerweile bei rd. 3,96 Mio. €.

Die Zwischenfinanzierung wird mit KfW-Mitteln gesichert. Gemäß Anlage 7 zum Bauerrichtungs- und Finanzierungsvertrag liegt der Zinssatz für die Endfinanzierung momentan bei rd. 3,9 %. Die Laufzeit der Finanzierung beträgt 20 Jahre.

Herr Conring hat folgende Anmerkungen:

Bauerrichtungs- und Finanzierungsvertrag

Handschriftliche Seite 22, § 19, Vertragstermine:
Der Termin lautet nicht 15.01.2009, sondern 15.01.2010.

Handschriftliche Seite 28, § 26, Kündigung:
Auf Nachfrage bestätigt die Verwaltung, dass es üblich sei, bei vertragswidrigem Verhalten zweimal schriftlich abzumahnern.

Servicevertrag

Handschriftliche Seite 39, Ziffer 2.2.1:
Die Verwaltung bestätigt auf Nachfrage, dass eine Ersatzbeschaffung von Ausstattungsgegenständen durch den Auftraggeber zu erfolgen hat.

Handschriftliche Seite 41, 2.6.1, Satz 2:
Dort kann das Wort „hat“ einmal gestrichen werden.

Handschriftliche Seite 41, 2.7.1:
Dort muss es richtig heißen: Durch den Hausmeister des „Peter-Rantzau-Hauses“ und nicht Hausmeister der „Schule“.

Im Übrigen sind die Worttrennungen zu überprüfen.

Auf Nachfrage erklärt Herr Krause, dass – sollte die Kommunalaufsicht die Genehmigung versagen – alle Verträge rückabzuwickeln wären. Insofern handelt es sich bis zur Genehmigung des Innenministers um schwebend unwirksame Verträge.

Herr Stukenberg fragt an, ob die in § 9 des Servicevertrages genannten Steigerungsraten und Indizes richtig kalkuliert bzw. üblich seien. Er hält die Steigerungsraten für überhöht. Herr Krause erklärt, dass es sich in der Regel um Durchschnittswerte handelt, die der Investor aufgrund von Erfahrungswerten kalkuliert hat. Hierzu sollte ggf. Herr Fischer nochmals Stellung nehmen.

Herr Koch merkt an, dass das Peter-Rantzau-Haus Kosten von rd. 5,5 Mio. € verursacht. Neben den reinen Investitionskosten von rd. 3,96 Mio. € kämen noch einmal Zinsen in Höhe von rd. 1,56 Mio. € hinzu. Dieses sei mehr als ursprünglich geplant. Insofern wird die Verwaltung darum gebeten, eine Zusammenfassung der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung zu verteilen, damit eine Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung am 30.11.2009 möglich ist.

Auf die Nachfrage von Herrn Stukenberg, ob ein Vergleich zwischen dem bisherigen Peter-Rantzau-Haus und dem neuen Peter-Rantzau-Haus hinsichtlich des Zuschussbedarfes der Angebotsmöglichkeiten etc. angestellt wurde, wird von Herrn Krause geantwortet. Der Zuschussbedarf liegt momentan bei rd. 300.000 € jährlich. Die jetzige Eigentümergemeinschaft erschwerete eine Nutzung.

Nach einer 40-minütigen Unterbrechung wird die Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt fortgesetzt. Herr Fischer von der Firma VBD nimmt nun an der Beratung teil.

Auf Nachfrage geht Herr Fischer auf den Wirtschaftlichkeitsvergleich zwischen einer konventionellen Erstellung und einer Errichtung im Rahmen eines ÖPP-Modelles ein. Nach der konventionellen Bauweise würden Investitionskosten von rd. 4,3 Mio. € entstehen. Dem gegenüber steht eine Investition von rd. 3,96 Mio. € im Rahmen eines ÖPP-Modelles.

Aufgrund des fallenden Zinsniveaus wäre zum jetzigen Zeitpunkt auch die Zwischenfinanzierung günstiger.

Nach der vorgenommenen Barwertberechnung wäre die Errichtung im Rahmen eines ÖPP-Modelles um rd. 17 % günstiger gegenüber einer konventionellen Errichtung.

Auf Nachfrage erklärt Herr Fischer, dass die Preise bzw. Steigerungsraten und Indizes des Servicevertrages angemessen seien. Üblicherweise wird eine Steigerung der Bauunterhaltungsmittel nach dem fünften Jahr angesetzt.

Herr Fischer erläutert weiterhin, dass in dem vorgenommenen Auswahlverfahren sich der Bieter mit der höchsten Punktzahl und dem günstigsten Angebot durchgesetzt habe.

Abschließend wird über den Beschlussvorschlag abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

7 Vorschläge über Maßnahmen zur Konsolidierung des städtischen Haushalts (Haushaltssicherungskonzept) 2009/130

Herr Kienel erklärt, dass im Rahmen der Haushaltskonsolidierung die Verwaltung eine Anhebung der Grundsteuer A und B vorgeschlagen hat. Hierzu liegt dem Finanzausschuss eine Einzelvorlage vor. Bei der Anhebung auf 350 % habe man sich an den Richtwerten für Fehlbedarfszuweisungen orientiert. Auf Seite 2 der Vorlage 2009/ 130 sind weitere Maßnahmen vorgeschlagen worden. Hierbei handelt es sich um die Anhebung der Hundesteuer, Einführung einer Jahresgebühr für die Nutzung der Stadtbücherei, Erhebung einer Gebühr für die städtischen Sporthallen (nur Erwachsene), Anhebung der Parkgebühren, Fortsetzung der energetischen Optimierung und keine Übernahme des beitragsfreien Kindergartenjahres ab der 6. Stunde. Weiterhin sind alle Fachdienste und Fachausschüsse aufgefordert, die „freiwilligen Leistungen“ an Dritte kritisch zu überprüfen, ob diese noch gewährt werden können oder eine Kürzung vertretbar sei.

Anschließend befasst sich der Finanzausschuss mit den Hinweisen des Innenministers und den Anmerkungen der Verwaltung. Dem Protokoll wird eine überarbeitete Übersicht der Seite 1 der Sitzungsvorlage als **Anlage 1** beigelegt.

Abschließend wird über den Beschlussvorschlag abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Zu Beginn des Tagesordnungspunktes erklärt Herr Kienel, dass mit Datum vom 23. November 2009 ein Ergänzungserlass zum Haushaltserlass 2010 eingegangen ist. Demnach kann mit Mehrerträgen bei dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer für 2010 in Höhe von rd. 700.000 € gerechnet werden. Der Fehlbetrag des Ergebnisplanes 2010 würde dann bei rd. ./ 3,8Mio. € liegen.

In diesem Zusammenhang bittet Frau Voss um eine Aufstellung über alle zwingend notwendigen Investitionen (vgl. **Anlage**)

Angemerkt wird weiterhin, dass eine Produktübersicht – aufgeteilt nach Produktbereichen – erstellt werden sollte, um einen Gesamtüberblick über die Entwicklung aller Produktbereiche zu erhalten.

Es erfolgt keine Beschlussfassung und der Finanzausschuss ist sich einig, dass der Tagesordnungspunkt ggf. in einer Sondersitzung im Dezember 2009 oder Januar 2010 erneut beraten werden sollte.

Anmerkung der Verwaltung

*Als **Anlage** liegt eine Übersicht der Investitionen bei, die aus Sicht des FD I.1 2010 erforderlich sind. Diese Liste ist daher nicht mit den übrigen Fachdiensten abgestimmt.*

9 Anhebung des Hebesatzes für die Grundsteuern

2009/129

Herr Kienel merkt an, dass es vorgesehen sei, ab 2010 einen Dauerbescheid zu versenden. Insofern wäre eine Beschlussfassung außerhalb der Haushaltsberatung sinnvoll.

Der Finanzausschuss vertritt mehrheitlich die Auffassung, die Haushaltsberatungen abzuwarten und zum jetzigen Zeitpunkt noch keinen Beschluss zu fassen.

Der Beschlussvorschlag kommt nicht zur Abstimmung.

Herr Kienel erklärt, dass bei einem Abbruch des Pavillons eine neue Toilettenanlage geschaffen werden müsse. Insbesondere Hygienevorschriften besagen, dass eine Toilettenanlage für die Marktbesucher jeweils für Frauen und Männer vorzuhalten sei. Insofern würde die öffentliche Toilettenanlage vor dem Rathaus für die Benutzung durch die Marktbesucher nicht infrage kommen. Der Neubau einer Toilettenanlage in der oberen Tiefgarage des Rathauses würde Kosten von rd. 45.000€ verursachen.

Im Finanzausschuss besteht mehrheitlich die Auffassung, dass ein Abriss des Pavillons zum jetzigen Zeitpunkt nicht zwingend notwendig sei. Der Neubau einer WC-Anlage würde sich somit erübrigen.

Herr Kienel berichtet weiterhin, dass übergangsweise der Rathauspavillon durch das städtische Archiv genutzt werden könnte. Hierbei handelt es sich um eine Nutzungsmöglichkeit, die noch eingehender zu untersuchen wäre (Sicherheit, Lüftung und Heizung). Für die provisorische Instandsetzung könnten die seinerzeit kalkulierten 5.000 € verwendet werden.

Nachdem keine Dringlichkeit gesehen wird und auch die zukünftige Nutzung und Gestaltung des Rathausplatzes noch offen ist, wird die Angelegenheit bis auf Weiteres zurückgestellt.

Der Alternativantrag der FDP-Fraktion (**Anlage**) ist somit beantwortet.

11 Rückwirkende Änderung der Vergnügungssteuersatzung 2009/153

Frau Haase erklärt, dass die Geldspielgeräte mit Gewinnmöglichkeit momentan mit 8 % der elektronisch gezahlten Nettokasse besteuert werden.

In der Vorlage wurde dargelegt, dass alle offenen Widerspruchsverfahren bis auf eines abgeschlossen sind. Hier schlägt die Verwaltung vor, die Satzung über die Erhebung einer Vergnügungssteuer rückwirkend neu zu erlassen. In diesem Zusammenhang verweist Frau Haase auf die Sitzungsvorlage und auf die Anmerkung der Verwaltung zur Rückwirkung.

Auf Nachfrage erklärt Frau Haase, dass eine Verzinsung der Steueransprüche zu prüfen wäre.

Abschließend wird über den Beschlussvorschlag abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

12 Verschiedenes

12.1 Mitgliedschaft im Gewässerpflegeverband

Bezug nehmend auf die Vorlage 2009/ 145 „Beiträge an die Gewässerpflegeverbände Ammersbek-Hunnau und Grootbek wird um nähere Informationen gebeten.

Frau Haase erklärt, dass die Verbandsbeiträge nach Beratung des Umweltausschusses freiwillig von den Gemeinden mit befreiender Wirkung für alle Grundstückseigentümer übernommen werden sollen. Sie gibt zu bedenken, dass hierdurch der Haushalt zusätzlich belastet wird, und zwar jährlich in einer Größenordnung von rd. 50.000 €. Insofern sollte dieses bei den Beratungen zur Anhebung der Grundsteuer A und B berücksichtigt werden.

Die Mitgliedschaft soll zunächst für einen Zeitraum von 8 Jahren befristet sein mit einer Verlängerungsoption von weiteren 5 Jahren; dieses wäre – noch inoffiziell – aus Sicht des Gewässerpflegeverbandes vorstellbar, der zunächst eine 15-jährige Laufzeit der Vereinbarung anstrebte.

Durch die Übernahme der Verbandsbeiträge durch die Gemeinden kann der Verwaltungsaufwand bei den Gewässerpflegeverbänden erheblich gesenkt werden. Dieses wurde bereits in einer Größenordnung von rd. 10.000 € in der Kalkulation für die Stadt Ahrensburg berücksichtigt. Herr Koch merkt in diesem Zusammenhang an, den Nachlass für eingesparte Verwaltungsleistungen nochmals zu überprüfen mit der Maßgabe, einen noch größeren Nachlass für die Stadt Ahrensburg zu vereinbaren.

Herr Kienel weist darauf hin, dass bisher nicht zwischen Gewerbebetrieben und Privateigentümern unterschieden wurde. Die Stadt Ahrensburg würde nach dem jetzigen Stand der Dinge auch die Beiträge für Gewerbebetriebe mit übernehmen.

Die Verwaltung wird gebeten, die Vorlage 2009/ 145 nochmals zu überarbeiten, damit die Angelegenheit in der Dezember-Sitzung der Stadtverordnetenversammlung behandelt werden kann.

12.2 1. Nachtragshaushaltssatzung 2009

Herr Kienel erklärt, dass der Innenminister die 1. Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Ahrensburg mit Schreiben vom 20. Oktober 2009 in dem erforderlichen Umfang genehmigt hat.

12.3 Kommunalanleihe - Schreiben der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht

Das Schreiben der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht wird dem Protokoll als **Anlage** beigelegt.

12.4 Überprüfung des ÖPP-Modells IGS Sporthalle

Herr Kienel berichtet, dass das städtische Rechnungsprüfungsamt vorgeschlagen hat, im Rahmen eines betriebswirtschaftlichen Vergleichs festzustellen, ob und inwieweit die im VBD-Gutachten getroffenen Annahmen realisiert wurden. Vom Finanzausschuss wird die Angelegenheit begrüßt, jedoch sollte eine Überprüfung erst zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen, da die IGS-Sporthalle erst 2008 in Betrieb genommen wurde.

Der Finanzausschuss kommt überein, im Vorfeld des nächsten vergleichbaren ÖPP-Projektes eine Überprüfung vorzunehmen.

13 Kenntnisnahmen

Keine

gez. Tobias Koch
Vorsitz

gez. Röckendorf
Protokoll